



PRESSEMITTEILUNG

Bargeld anstatt Wertgutscheine für Asylbewerber im Landkreis Harburg

Erneuter Antrag der SPD Kreistagsfraktion im Landkreis Harburg

„Wir haben die Kreisverwaltung mit unserem Antrag erneut aufgefordert die Ausgabe von Wertgutscheinen an Asylbewerber schnellstmöglich einzustellen und stattdessen die erforderlichen Grundleistungen an die Leistungsempfänger in Bar vorzunehmen“, so der SPD Kreistagsabgeordnete Remo Rauber und stellv. Vorsitzende des Sozialausschusses.

Grund für diesen erneuten Anlauf ist ein aktueller Erlass des niedersächsisches Innenministeriums, in dem ab sofort Niedersachsens Kommunen selbst entscheiden können, ob sie wie bisher weiter Wertgutscheine an Asylbewerber abgeben oder Bargeld auszahlen wollen. In der Frage Wertgutscheine oder Bargeld für Asylbewerber wurde die bisher vertretene Rechtsauffassung damit korrigiert. Mit dem neuen Erlass ist für die Landkreise und den kreisfreien Städten der nötige Entscheidungsspielraum geschaffen worden. Unter Berücksichtigung der jeweiligen örtlichen Gegebenheiten kann der Landkreis Harburg jetzt selbst bestimmen, ob er anstelle von Sachleistungen oder Wertgutscheinen Bargeld auszahlt.

Die in der Kreistagssitzung am 17. Dezember vergangenen Jahres einzige Begründung der Kreisverwaltung, welche maßgeblich zur Ablehnung des damaliges Antrages der Gruppe Grünen/Linke und der Fraktion SPD führte, war die damalige gesetzlichen Bestimmung, welche mit dem o.g. Erlass des Niedersächsischen Innenministeriums im positiven Sinn angepasst wurde und ab sofort rechtskräftig ist.

Wir haben die Ausgabe von Wertgutscheinen stets entschieden abgelehnt, weil dies mit der Würde des Menschen nicht vereinbar ist. Es ist im Gegenteil diskriminierend und fördert nicht die Integration in die örtliche Gemeinschaft. „Zudem ist es teuer und verwaltungsaufwändig“, so Jens-Rainer Ahrens, Vorsitzender der SPD Kreistagsfraktion.

„Es ist sehr zu begrüßen, dass unsere langjährigen Initiativen unmittelbar nach der Regierungsübernahme im Landtag aufgegriffen und zeitnah umgesetzt wurden“, erklären Ahrens und Rauber einhellig.